

Antrag

Hannover, den 07.07.2020

Fraktion der AfD

Föderalismus weiterführen - Mund- und Nasenschutzpflicht abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschießung

Die Landesregierung hat am 22. April dieses Jahres mit Wirkung zum 27. April die Verpflichtung zum Tragen einer Mund- und Nasenbedeckung beim Betreten von Geschäften und der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs beschlossen. Grundlage dieser Entscheidung war nicht die Überzeugung der Landesregierung von der Notwendigkeit dieser Maßnahme, sondern das Bedürfnis, sich bei den Beschlüssen zur Eindämmung des Coronavirus mit anderen Bundesländern solidarisch zu zeigen. Dies hat die Sozialministerin mehrfach betont. Nach aktuellem Stand (6. Juli 2020) sind 90,7 % aller Personen, die laborbestätigt mit dem Coronavirus infiziert waren, wieder genesen. Daher wäre es nun konsequent, die Verpflichtung zum Tragen einer Mund- und Nasenbedeckung wieder abzuschaffen, auch um weitere negativen Folgen, welche die Maßnahmen, allen voran der „Lockdown“, ohnehin bereits auf die niedersächsische Wirtschaft hatten, zu verhindern.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. die Verpflichtung zum Tragen einer Mund- und Nasenbedeckung aufzuheben,
2. die Verordnung zum verpflichtenden Tragen einer Mund- und Nasenbedeckung durch eine freiwillige Empfehlung zu ersetzen.

Begründung

Bislang konnte eine verlässliche Wirksamkeit der Maskenpflicht nicht nachgewiesen werden. Auch das Robert Koch-Institut und die WHO konnten keine hinreichenden Belege dafür finden, dass das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes das Risiko einer Ansteckung mit dem Coronavirus tatsächlich verringern kann. Andere medizinische Fachexpertisen befürchten sogar, dass das permanente Tragen von Mund und Nasen bedeckenden Masken gesundheitsschädliche Auswirkungen haben können. Eine medizinische Studie aus dem Jahr 2005 ergab beispielsweise, dass sich bereits nach einer relativ kurzen Tragedauer von 30 Minuten ein Rückstau von Kohlendioxid bildet.¹ Dieser Rückstau kann zu Kopfschmerzen und Konzentrationsschwierigkeiten bis hin zu Atemnot führen. Auch zeigen Berichte von Ärzten, dass das dauerhafte Tragen von Masken häufig zu Hautreizungen und Ausschlägen um den Bereich um Mund und Nase führt.² Ein weiterer Aspekt zur Abschaffung der Maskenpflicht ist, dass sich die Bürger gerade beim Einkaufen eingeschränkt fühlen, was eine negative Auswirkung auf die Kauflust hat und zu deutlichen wirtschaftlichen Einbußen führt.

¹ Butz Ulrike, Rückatmung von Kohlendioxid bei Verwendung von Operationsmasken als hygienischer Mundschutz an medizinischem Fachpersonal - vollständiger Abdruck der Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Medizin, 11. Mai 2005, Technische Universität München/Fakultät für Medizin

² Zusammenschluss von Ärzten in Ostfriesland - Pressemitteilung vom 7. Juni 2020, <https://www.journalistenwatch.com/2020/06/07/ostfriesische-aerztin-die/>, zuletzt aufgerufen am 7. Juli 2020

Dass die Maskenpflicht schädigend für den Einzelhandel und somit für die Wirtschaft in Niedersachsen ist, gab auch Wirtschaftsminister Bernd Althusmann zu bedenken, Zitat: „Die Maskenpflicht signalisiert eine Gefahr, die es angesichts der regelmäßigen Abstände in großen Teilen des Einzelhandels nicht gibt.“³

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

³ Artikel *BZ* Ohne Mundschutz im Geschäft? - Diese Bundesländer wollen die Maskenpflicht abschaffen, 5. Juli 2020, <https://www.bz-berlin.de/deutschland/einkaufen-geschaeft-bundeslaender-wollen-die-maskenpflicht-abschaffen>, zuletzt aufgerufen am 7. Juli 2020

(Verteilt am 08.07.2020)